

Wir veröffentlichen auch eine Übersetzung des längeren offenen Briefes von US-Bürgern an Bundeskanzlerin Angela Merkel, der mit der Petition zur Schließung der SATCOM-Relaisstation auf der US Air Base Ramstein übergeben wurde.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 104/15 – 29.05.15

Zu Ramstein: Ein Offener Brief von US-Bürgern an die deutsche Kanzlerin Angela Merkel

26. Mai. 2015

An Ihre Exzellenz, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin, Deutschland

Sehr geehrte Frau Kanzlerin Merkel,

Morgen, am 27. Mai, wird das Verwaltungsgericht in Köln über die Klage Faisal bin Ali Jaspers, eines Umweltingenieurs aus dem Jemen, verhandeln; er hat 2012 bei einem US-Drohnen-Angriff zwei Verwandte verloren. Es ist das erste Mal, dass ein Gericht eines Landes, das wesentliche militärische und technische Unterstützung für das US-Drohnen-Programm leistet, über einen solchen Fall befinden wird.

Bei US-Drohnen-Angriffen in vielen Ländern, die sich offiziell nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten befinden, wurden Zehntausende von Menschen getötet oder verstümmelt. Die große Mehrheit der Drohnen-Opfer waren unschuldige Unbeteiligte, darunter auch zahlreiche Kinder. Eine anerkannte Studie hat ergeben, dass mit jedem gezielt getöteten Kombattanten auch 28 "unbekannte Personen" umgebracht wurden. Weil diese Opfer keine US-Bürger waren oder sind, können ihre Familien nicht vor US-Gerichten klagen. Es ist eine Schande, dass die Familien dieser Opfer bisher keinerlei Rechtsmittel einlegen konnten.

Deshalb ist die Klage, die Herr bin Ali Jaber für seine Familie bei einem deutschen Gericht eingereicht hat, von großer Bedeutung für die vielen Menschen, die schon so lange unter den Menschenrechtsverletzungen und den Verstößen gegen das Völkerrecht leiden, die von der US-Regierung im so genannten "Krieg gegen den Terror" begangen werden. Wie bekannt wurde, wirft Herr bin Ali Jaber der deutschen Regierung vor, gegen das Grundgesetz zu verstoßen, weil sie den Vereinigten Staaten die Nutzung der Air Base Ramstein in Deutschland für die Durchführung außergerichtlicher "gezielter" Tötungen im Jemen gestattet. Es wird erwartet, dass er die



Demonstranten vor den Hancock Air Base bei Syracuse im US-Bundesstaat New York

Foto: Carol Baum, entnommen aus

<http://www.knowdrones.com/2015/05/support-the-ramstein-campaign.html>

deutsche Regierung auffordern wird, „die rechtliche und politische Verantwortung für den US-Drohnen-Krieg im Jemen zu übernehmen“ und "die Nutzung der Satelliten-Relaisstation in Ramstein zu verbieten".

Weltweit wurden bereits glaubwürdige Beweise veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass die US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein eine wesentliche Rolle bei **a l l e n** US-Drohnen-Angriffen im Mittleren Osten, in Afrika und in Südwestasien spielt. Das Töten und Verstümmeln, das von den Raketen ausgeht, die US-Drohnen abfeuern, wäre ohne die Kooperation der deutschen Regierung und die Überlassung der Air Base Ramstein für den illegalen US-Drohnen-Krieg nicht möglich; außerdem halten wir den Betrieb der Militärbasis Ramstein 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas von den Nazis für einen Anachronismus.

Unabhängig vom Ausgang der von Herrn bin Ali Jaber eingereichten Klage, über die vermutlich erst in Jahren entschieden wird, sollte Deutschland sofort effektive Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung der Air Base Ramstein für die Kampfdrohnen-Einsätze der Vereinigten Staaten zu stoppen.

Die Realität sieht so aus: Die Militärbasis in Ramstein untersteht juristisch der deutschen Bundesregierung, auch wenn sie der U.S. Air Force zur Nutzung überlassen ist. Wenn von Ramstein oder von anderen US-Basen in Deutschland illegale Aktivitäten wie außegerichtliche Tötungen ausgehen – und wenn diese illegalen Aktivitäten von US-Behörden nicht abgestellt werden – sind, unserer respektvollen Meinung nach, Sie und Ihre Regierung nach dem Völkerrecht verpflichtet, selbst zu handeln. Dazu verpflichtet Sie auch das Nürnberger Urteil von 1946-47, das unter der Nummer 6 F.R.D. 69 (s. <http://www.uniset.ca/other/cs4/6FRD69.html>) in das US-Recht übernommen wurde. Darin wird festgestellt, das alle an einem Kriegsverbrechen Beteiligten für dieses Kriegsverbrechen verantwortlich sind, auch Unternehmer, Politiker und andere, die dieses Verbrechen ermöglichen.

1991 hat das wiedervereinigte Deutschland mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag die "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten" zurückerhalten und versichert, "dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird". Im Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Viele Menschen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt hoffen, dass das deutsche Volk und seine Regierung die Führung der Welt auf dem Weg zum Frieden und bei der Durchsetzung der Menschenrechte übernehmen werden.

Die deutsche Regierung hat schon wiederholt versichert, sie habe keine Kenntnis von den Aktivitäten, die von der Air Base Ramstein und anderen US-Basen in Deutschland ausgehen. Wenn das zutrifft, möchten wir Sie respektvoll daran erinnern, dass Sie und die deutsche Regierung vom US-Militär und den US-Geheimdiensten in Deutschland volle Transparenz und Rechenschaft fordern müssen. Wenn das gegenwärtige Stationierungsabkommen (SOFA) zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Transparenz und Rechenschaftspflicht ausschließt, die notwendig sind, damit die deutsche Regierung deutsche Gesetze und das Völkerrecht durchsetzen kann, muss die deutsche Regierung in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten entsprechende Veränderungen des SOFA durchsetzen. Wie Sie wissen, haben Deutschland und die Vereinigten Staaten das Recht, das SOFA mit einer Frist von zwei Jahren auch einseitig zu kündigen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf). Viele US-Bürger

wären nicht dagegen, sondern würden eine Neuverhandlung des SOFA zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland begrüßen, wenn nur so dem Recht zum Durchbruch verholfen werden kann.

Als die Feindseligkeiten 1945, also schon vor 70 Jahren, endeten, stand die Welt vor der Aufgabe, die Herrschaft des Rechts wieder herzustellen und durch das Völkerrecht zu sichern. Das geschah durch die Verurteilung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, zum Beispiel im Nürnberger Prozess, und durch die Gründung der Vereinten Nationen; diese haben 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Während sich Deutschland um die Einhaltung der Prinzipien dieser Erklärung bemüht, wurden diese Prinzipien in den letzten Jahren von den Vereinigten Staaten immer wieder verletzt. Außerdem haben die Vereinigten Staaten die NATO und andere Verbündete wiederholt zu Komplizen bei der Verletzung dieser Prinzipien gemacht.

Insgeheim haben die Vereinigten Staaten ihr Drohnen-Programm bereits 2001 begonnen, ohne die US-Bevölkerung und die meisten ihrer Abgeordneten im Kongress darüber zu informieren; erst 2008 wurde dieses Drohnen-Programm von US-Friedensaktivisten entdeckt und bekannt gemacht. Auch die britische Bevölkerung wurde nicht informiert, als das Vereinigte Königreich 2007 Killer-Drohnen von den Vereinigten Staaten erhielt. Und die deutsche Bevölkerung wurde erst kürzlich durch mutige unabhängige Journalisten und Whistleblower über die Schlüsselrolle der Air Base Ramstein im illegalen US-Drohnen-Programm informiert.

Seit die Rolle Ramsteins bei der Aushöhlung der Menschenrechte und des Völkerrechts bekannt ist, haben viele deutsche Bürger Sie und die deutsche Regierung aufgefordert, das deutsche Recht auch auf den US-Basen in Deutschland durchzusetzen. Wegen der unersetzbaren Rolle Ramsteins bei allen Drohnen-Angriffen, hält die deutsche Regierung jetzt die Macht in Händen, tatsächlich sämtliche illegalen US-Drohnen-Morde zu stoppen.

Wenn sich die deutsche Regierung zum sofortigen Handeln in dieser Angelegenheit entschliesse, fände sie sicher Unterstützung in vielen Staaten der Welt, auch in europäischen Staaten. Das Europäische Parlament hat in einer Resolution zum Einsatz bewaffneter Drohnen, die am 27. Februar 2014 mit einer überwältigenden Mehrheit von 534 zu 49 Stimmen angenommen wurde, seine Mitgliedsstaaten aufgefordert, "sich gegen die Praxis gezielter außergerichtlicher Tötungen auszusprechen und diese Praxis zu verbieten", sowie "dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren rechtlichen Verpflichtungen keine rechtswidrigen gezielten Tötungen verüben oder solche Tötungen durch andere Staaten begünstigen". (Text s. unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0172+0+DOC+XML+V0//DE>)

Die außergerichtliche Tötungen von nur "Verdächtigen" ist auch ein schwerer Verstoß gegen die US-Verfassung. Und die von den Vereinigten Staaten in souveränen Staaten, die sie selbst nicht bedrohen, ausgelösten Kriege und durchgeführten Tötungen verstoßen gegen internationale Verträge wie die Charta der Vereinten Nationen, die von der US-Regierung unterzeichnet und vom Kongress ratifiziert wurden.

Zehntausende von US-Bürgern versuchen seit Jahren vergeblich, über das US-Drohnen-Programm und andere US-Kriegsverbrechen aufzuklären und sie zu stoppen, weil diese unter den angegriffenen und terrorisierten Bevölkerungen vorhersehbaren Hass auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hervorgerufen haben. Wie die Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren auf Guantanamo hat auch der Drohnen-Krieg das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Völkerrecht, auf das wir alle bauen, weitgehend ausgehöhlt.

Wir hoffen, dass wichtige US-Verbündete – und wegen seiner unersetzlichen Rolle insbe-

sondere Deutschland – endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um die außergerichtlichen Drohnen-Tötungen zu beenden. Wir bitten Sie dringend, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um sämtliche Aktivitäten in Deutschland zu stoppen, die den Drohnen-Krieg und die Drohnen-Morde der US-Regierung unterstützen.

Unterzeichnet von:

Carol Baum, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, Syracuse Peace Council

Judy Bello, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, United National Antiwar Coalition

Medea Benjamin, Co-Founder of CodePink

Jacqueline Cabasso, National Co-convener, United for Peace and Justice, USA

Leah Bolger, Former President of National Veterans for Peace

Malachy Kilbride, National Coalition for Nonviolent Resistance

Marilyn Levin, Co-Founder of United National Antiwar Coalition, United for Justice with Peace

Ray McGovern, Retired CIA Analyst, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

Nick Mottern, KnowDrones

Gael Murphy, CodePink

Elsa Rassbach, CodePink, United National Antiwar Coalition

Alyssa Rohricht, Graduate Student in International Relations

Coleen Rowley, Retired FBI Agent, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

David Swanson, World Beyond War, War is a Crime

Debra Sweet, Director of World Can't Wait

Brian Terrell, Voices for Creative Nonviolence, Missouri Catholic Worker

Colonel Ann Wright, Retired Military Officer and Diplomatic Attaché, Veterans for Peace, Code Pink

Unterstützt von:

Brandywine Peace Community, Philadelphia, PA

CodePink Women for Peace

Ithaca Catholic Worker, Ithaca, NY

Know Drones

Little Falls OCC-U-PIE, WI

National Coalition for Nonviolent Resistance (NCNR)

Peace Action and Education, Rochester, NY

Syracuse Peace Council, Syracuse, NY

United For Justice with Peace, Boston, MA

United National Antiwar Coalition (UNAC)

U.S. Foreign Policy Activist Cooperative, Washington DC

Upstate (NY) Coalition to Ground the Drones and End the Wars

Veterans For Peace, Chapter 27

War Is A Crime

Watertown Citizens for Peace Justice and the Environment, Watertown, MA

Wisconsin Coalition to Ground the Drones and End the Wars

Women Against Military Madness, Minneapolis, MN

World Beyond War

World Can't Wait

(Wir haben den offenen Brief komplett übersetzt und mit Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

**On Ramstein:
An Open Letter from U.S. Citizens to German Chancellor Angela Merkel**

May 26, 2015

Her Excellency Dr. Angela Merkel
Chancellor of the Federal Republic of Germany
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin, Germany

Dear Chancellor Merkel:

Tomorrow, May 27th, a German court in Cologne will hear evidence from Faisal bin Ali Jaber, an environmental engineer from Yemen who lost two relatives to a 2012 U.S. drone strike. This is the first time that a court in a country providing significant military/technical support for the U.S. drone program has permitted such a case to be heard.

U.S. drone strikes have killed or maimed tens of thousands in many countries with which the U.S. is not officially at war. The vast majority of drone-strike victims have been innocent bystanders, including large numbers of children. One respected study found that for every target or known combatant killed, 28 “unknown persons” were also killed. Because the victims were/are not U.S. citizens, their families do not have standing to initiate legal action in U.S. courts. Shamefully, the families of these victims have had no legal recourse whatsoever.

Thus the case of Mr. bin Ali Jaber, representing his family in a German court, is of great interest to many who have long been dismayed at the U.S. government’s violations of human rights and international law in the so-called “war on terror.” Reportedly, Mr. bin Ali Jaber will argue that the German Government has violated the German Constitution by allowing the U.S. to use Ramstein Air Base in Germany for extrajudicial “targeted” killings in Yemen. He is expected to request that the German government “take legal and political responsibility for the U.S. drone war in Yemen” and “forbid use of the Satellite Relay Station in Ramstein.”

Credible evidence has already been widely published indicating that the U.S. Satellite Relay Station in Ramstein plays an essential role in ALL U.S. drone strikes in the Middle East, Africa, and Southwest Asia. The killings and maiming resulting from missiles fired from U.S. drones would not be possible without the cooperation of the German government in enabling the U.S. to use Ramstein Air Base for the illegal drone wars -- a military base which, we respectfully suggest, is an anachronism a full seventy years after the liberation of Germany and Europe from the Nazis.

Irrespective of the ultimate outcome in court of Mr. bin Ali Jaber’s case, which possibly could continue for years, now is the time for Germany to take effective measures to stop the U.S. from using Ramstein Air Base for combat drone missions.

The reality is this: The military base in Ramstein is under the legal jurisdiction of the Federal Government of Germany, even though the U.S. Air Force has been allowed to use the base. If illegal activities such as extrajudicial killings are conducted from Ramstein or other U.S. bases in Germany -- and if U.S. authorities do not desist from these legal offenses then we respectfully suggest that you and your government have a duty under

international law to act. This is clearly expressed in the Nuremberg Trials Federal Rules Decisions of 1946-47 (6 F.R.D.69), which were adopted into US law. Accordingly, every individual participating in the enactment of a war crime is responsible for that crime, including businessmen, politicians and others who enable the criminal act.

In 1991 the reunited Federal Republic of Germany was granted "complete sovereignty at home and abroad" via the Two-plus-Four-Treaty. The Treaty emphasizes that "there shall be only peaceful activities from German territory" as does Article 26 of the Basic Law of the Federal Republic of Germany, which states that the acts undertaken to prepare for a war of aggression are deemed "unconstitutional" and "a criminal offense." Many in the U.S. and around the world hope that the German people and their government will provide much-needed leadership in the world on behalf of peace and of human rights.

The German Government often states that it has no knowledge of the activities being conducted at Ramstein Air Base or other U.S. bases in Germany. We respectfully submit that if this is the case, you and the German Government may have a duty to require the needed transparency and accountability from the U.S. military and intelligence agencies in Germany. If the present Status of Forces Agreement (SOFA) between the U.S. and Germany (s. <http://www.ramstein.af.mil/library/factsheets/factsheet.asp?id=1396>) precludes the transparency and accountability that the German Government needs in order to enforce German and international law, then the German Government must request that the U.S. make appropriate modifications in the SOFA. As you know, Germany and the U.S. each have the right to unilaterally terminate the SOFA upon giving two years' notice. Many in the U.S. would not oppose but would indeed welcome a renegotiation of the SOFA between the U.S. and Germany if this should be required to restore the rule of law.

The end of hostilities in 1945 seventy years ago saw the world faced with the task of restoring and advancing the international rule of law. This led to efforts to define and punish war crimes -- major efforts like the Nuremberg Tribunal and the formation of the United Nations, which in 1948 proclaimed the Universal Declaration of Human Rights. While Germany has sought to adhere to the principles of the Declaration, the U.S. increasingly in recent years ignored these principles. In addition, the U.S. seeks to draw NATO and other allies into complicity in violating these principles.

The U.S. began the drone program in secrecy in 2001 and did not reveal it to the American people or to most of their representatives in Congress; the drone program was first discovered and revealed by U.S. peace activists in 2008. The British people were also not informed when the United Kingdom in 2007 obtained killer drones from the U.S. And only recently have the German people been informed, through courageous reporting by independent journalists and whistleblowers, of the key role of Ramstein in the illegal U.S. drone program.

Now aware of the role Ramstein in undermining human rights and international law, many German citizens are calling upon you and the German government to enforce the rule of law in Germany, including on the U.S. bases. And because of the indispensable role of Ramstein for all the U.S. drones strikes, the government of Germany now holds in its hands the power to actually stop the illegal U.S. drone killings altogether.

If the German Government were to take decisive action in this matter, Germany would surely find support among nations of the world, including the nations of Europe. The European Parliament in its Resolution on the Use of Armed Drones (s. <http://justsecurity.org/wp-content/uploads/2014/02/European-Parliament-Resolution->

[Drones.pdf](#)), which was adopted by a landslide vote of 534 to 49 on February 27, 2014, urged its Member States to oppose and ban the practice of extrajudicial killings and of perpetrate unlawful targeted killings or facilitate such killings by other states. The European Parliament Resolution further declares that Member States must omit to ensuring that, where there are reasonable grounds for believing that an individual or entity within their jurisdiction may be connected to an unlawful targeted killing abroad, measures are taken in accordance with their domestic and legal obligations.

Extrajudicial killing -- the killing of 'suspects' -- is in fact also a grievous violation of the U.S. Constitution. And the U.S. initiation and prosecution of killings and wars in sovereign countries that do not threaten the U.S. mainland violate international treaties the U.S. has signed and Congress has ratified, including the United Nations Charter.

Tens of thousands of Americans have struggled in vain for years to expose and end the U.S. drone program and other U.S. war crimes that have quite predictably led to increasing hatred for the U.S. and its allies among the targeted and terrorized populations. Like the incarceration without due process at Guantanamo, drone warfare has clearly undermined the post-WWII international law upon which we all rely.

We hope that major U.S. allies -- and particularly Germany, because of the indispensable role it plays -- will take firm action to end extrajudicial drone killings. We implore you to take all steps necessary to put a stop to all activities in Germany that support drone warfare and killings by the U.S. government.

Signers see end of translation.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern